

**Das Land
Steiermark**

AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

Fachabteilung 1F

**→ Verfassungsdienst und
Zentrale Rechtsdienste**An das
Bundesministerium für Justizper E-Mail kzl.b@bmj.gv.at

Bearbeiter: Dr. Alfred Temmel

Tel.: (0316)877-2671

Fax: (0316)877-4395

E-Mail: fa1f@stmk.gv.atBei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführenGZ: FA1F-12.01-28/2007-1 Bezug: BMJ-B7.046/0009-I
2/2007

Graz, am 8. Oktober 2007

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bauträgervertragsgesetz geändert wird;
Stellungnahme.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem mit do. Note vom 24.. August 2007, obige Zahl, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Bauträgervertragsgesetz geändert wird, wird folgende Stellungnahme abgegeben:Gegen die beabsichtigte Novellierung des § 7 Abs. 6 Z.3 leg.cit. bestehen seitens des Landes
schwerwiegende Bedenken.Die bestehende Regelung ist insbesondere für die Anwendung in der gemeinnützigen
Wohnungswirtschaft gedacht. Ein Entfall dieser Bestimmungen würde eine unnötige Erhöhung der
Baukosten bedeuten und die Effektivität des Einsatzes der Wohnbauförderungsmittel beeinträchtigen.
Nunmehr müssten Verträge über Bankgarantien oder Versicherungen abgeschlossen werden, die
kostenintensiv sein können. Die Verteuerung würde auf die Wohnungssuchenden überwältzt werden.Es muss darauf hingewiesen werden, dass gemeinnützige Bauträger bzw. deren geförderte Objekte
einer besonderen Aufsicht bzw. Kontrolle durch verschiedene Institutionen unterworfen sind.
Gemeinnützige Bauträger werden jährlich vom Revisionsverband überprüft, unterliegen der Aufsicht
durch die jeweilige Landesregierung und werden in der Steiermark vom Landesrechnungshof
überprüft. Geförderte Bauvorhaben der gemeinnützigen Bauträger werden von Förderstellen in der
gesamten Umsetzungsphase „begleitet“.Eine Differenzierung zwischen frei finanziertem und gefördertem Wohnbau ist auf Grund der
angeführten Sicherungssysteme daher im gegenständlichen Zusammenhang sachlich durchaus
gerechtfertigt.

In Anbetracht der vorhandenen Sicherungssysteme einerseits und der eintretenden Kostensteigerungen andererseits in diesem zentralen Bereich des geförderten Wohnbaues wird die vorgesehene Neuregelung des § 7 Abs. 6 Z.3 leg.cit daher vehement abgelehnt.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme zugeleitet.
Eine weitere Ausfertigung ergeht an die E-Mail-Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Landesamtsdirektor
Hofrat Dr. Gerhard Ofner